

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

Seit Jahren gibt es in Deutschland die Diskussion, dass die Vermögen der **Reichen** steigen und der Wohlstand ungleich verteilt ist. Kürzlich hat der kommissarische SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel die längst unmoderne und „abgenudelte“ Langspielplatte aufgelegt – Tenor: Die reichsten 45 Familien in Deutschland besitzen so viel Vermögen wie 50% der Bundesbürger. Deshalb sollten die mit 1-1,5% Vermögenssteuer belegt werden, was rund 10 Mrd. Euro pro Jahr in die Staatskasse spült. Das „Manager Magazin“ veröffentlicht jährlich die Namen der reichsten Deutschen. Die Befragung basiert auf freiwilliger Basis und die Teilnahme sinkt umso mehr, je reicher der Befragte ist. Der Steuerexperte Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat (mit Daten der EZB-Vermögenserhebung) eine Studie erstellt. Dabei sind die „Reichen“ aus Unternehmerfamilien und Vertretern des Mittelstandes. Sie gelten als Rückgrat der deutschen Wirtschaft, stärken den Wettbewerb, schaffen Arbeitsplätze und engagieren sich sozial um Leute in ihren Regionen. Investitionen werden z.T. mit eigenem Kapital und nicht über Kredite gestemmt. Das alles nutzt unteren Einkommensgruppen - somit kommt das Vermögen der „Reichen“ auch der Allgemeinheit zugute. Der Besserverdienende wird nicht gefragt, wie er den Status erreicht hat und ob er mehr Verantwortung im Beruf übernommen hat als andere. Es gilt bei uns nicht als schick, reich zu sein. Es sei denn, man war im Lotto (oder sonstigen Spielen) bzw. in einem Fernsehquiz erfolgreich. Wenn man den Angehörigen der Einkommensgruppen unterhalb der Reichen (nicht nur vor den Wahlen) etwas von Mietdeckelung, Enteignung und Kollektivierung von Autobauern (z.B. BMW) „predigt“, reichen schon substanzlose Aussagen auf Quizniveau, um neue Anhänger mit Wählerstimmen zu gewinnen.

In eigener Sache machen wir auf **Eagles Charity Golfclub**¹⁾ aufmerksam. Seit der Gründung 1993 wurden bis zum Jahre 2018 37 Mio. Euro für hilfsbedürftige Menschen gesammelt. Beim Präsidenten-Cup (12.09.-15.09.2019) in Bad Griesbach konnten von den gespendeten 620.000 Euro Stiftungen von Regine Sixt, Manuel Neuer, Til Schweiger und andere mehr unterstützt werden. Die zumeist betuchten Mitglieder stellen sich mit ihrem Arrangement und Spenden in den Dienst guter Sachen.

Der warnende Ausspruch der Großmutter: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ muss aufgrund der Zinspolitik der Notenbank ersetzt werden: „Du sollst nicht sparen!“. Mit der **Nullzinspolitik** nötigt die Europäische Zentralbank den Bürger, sein Geld auszugeben. Der frühere Bundesverfassungsrichter Professor Dr. jur. Paul Kirchhof ist der Ansicht, dass ohne Zins zentrale Eigenschaften des Geldvermögens und damit unser Eigentum gestört sind. Die Strafzinspolitik des bald scheidenden Mario Draghi wird durch Christine Lagarde (wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren) fortgesetzt. Zwischen 2015 und 2018 hat die EZB 2,7 Billionen Euro in die Finanzmärkte (Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen sowie Pfandbriefen und anderen Verbriefungen) gepumpt. Das angestrebte Ziel, nämlich eine Inflationsrate von knapp 2% zu erreichen, wurde verfehlt. Der Sparer wird angehalten, sein Geld in Aktien, Gold oder in börsengehandelte Fonds – ETF (exchange-traded fund) anzulegen. Die kann man nach dem Kauf getrost weglegen, nach 15

¹ info@eagles-charity.de

bis 20 Jahren wieder hervorholen und sich dann freuen, dass sie einen kleinen Ertrag gebracht haben. Nur die Frage: Wie alt muss man dann als Sparer bei Abschluss der Anlage sein? Obwohl die deutschen Sparer wissen, dass ca. 40% ihres Bargeldes (und kurzfristige Einlagen) von insgesamt ca. 2,5 Billionen Euro schleichend entwertet werden, horten sie weiter. Hier fehlt allerdings die Logik, fürs Sparen bestraft zu werden. Freuen allerdings kann sich der Tresorhersteller Hartmann in Paderborn, denn er hat Hochkonjunktur. Alles, was man zuhause an Bargeld wegspart (und versichert), kann nicht mit Strafzinsen belegt werden. Auch Zombiefirmen oder –länder haben gut lachen. Sie bauen ihre Schulden ab und die Refinanzierungskosten sinken. Am Immobilienmarkt bauen sich Preisblasen auf (Darlehen über 15 Jahre und mehr bekommt man problemlos unter 1%). Die Wirtschaft steckt in der Zange, denn ein Zinsanstieg würde sie zum Kollabieren bringen und massiv Pleiten nach sich ziehen. Dann stünden die „Heckenschützen“ auf der Matte, die schon immer am Kapitalismus zweifelten. Deshalb machen sich heute schon viele Bürger Gedanken und schauen ängstlich auf ihre spätere Altersversorgung.

Mitte des vergangenen Monats beschloss die Bundesregierung das Klimaschutzprogramm 2030. Obwohl es Milliarden an Fördergeldern gibt, wird Deutschland den CO₂-Ausstoß nicht gravierend mindern können und hinkt anderen europäischen Ländern hinterher. Mit 25 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen (Kohlendioxid) spart man nur halb so viel wie nötig.

	Verbot der Neuinstallation von Ölheizungen	Verbot der Neuzulassung von Kraftwagen mit Verbrennungsmotor
Dänemark	seit 2016	ab 2030
Deutschland	ab 2026	?
Frankreich	?	ab 2040
Großbritannien	ab 2025	ab 2040
Irland	?	ab 2030
Niederlande	ab 2040	ab 2030
Norwegen	ab 2020	ab 2025
Schottland	?	ab 2032
Schweden	?	ab 2030
Spanien	?	ab 2040

Quelle: Wirtschaftswoche (o.g. Daten z.T. angekündigt und noch nicht beschlossen)

Hamburg richtet ab 2021 den Weltkongress für intelligente Verkehrs- und Transportsysteme aus. Mit über 65 Mobilitätsprojekten will der erste Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) nicht nur die Bürgerschaftswahl 2020, sondern auch den Preis für den „eifrigsten Klimaretter Deutschlands“ gewinnen. Das kann er nur beim Sektor Verkehr, denn der CO₂-Ausstoß hat sich hier seit 1990 kaum gemindert. Er muss das behutsam tun, denn beim Abbau der Pendlerzeit (statistisch in Hamburg die höchste in Deutschland – bei 1 Std. Fahrzeit 34 Min. Stau) wäre es der erste Schritt. Bei schmerzlichen Einschnitten im Autoverkehr würde er sich mit der Autoindustrie anlegen und könnte mit mächtigem Gegenwind rechnen. Für den Leiter der Forschungsstelle für Nachhaltigkeit und Klimatechnik Prof. Felix Ekardt, Leipzig ist das Klimaschutzprogramm ein Schritt in die richtige

Richtung, aber bei weitem nicht der große Wurf. Wesentlich ist, dass der Bürger erkennt, was mit den Maßnahmen bezweckt wird, sie für ihn sinnvoll sind, sodass jeder für sich selbst künftig den Schutz des Klimas auslebt. Die Regierung muss Alternativen liefern für Atomstopp, Schließung der Zechen und Stilllegung der Windräder. Eine Radikalkur ist erforderlich und keine Behandlung mit sanfter Homöopathie.

Der bisher längste Wirtschaftsaufschwung (seit dem Wirtschaftswunder) setzte 2009 ein und endete im Frühjahr dieses Jahres. Wie lange die **Wirtschaftsflaute**, die uns bevorsteht, anhalten wird, weiß niemand. In Deutschland leidet besonders die Autoindustrie und somit die Autozulieferer im Verbund mit den abklingenden Exporten. Es mehren sich in Deutschland Stimmen, die von der Regierung fordern, die Überschüsse der Boomjahre für Investitionen einzusetzen. Im Gastkommentar (Handelsblatt vom 11.-13.10.2019) mahnte Bert Rürup² folgende Wachstumsprogramme an:

1. Reform der Unternehmensbesteuerung
2. Glaubwürdige Energiepolitik
3. Modernisierung der Infrastruktur
4. Ausbau der Digitalisierung
5. Reformen der Bildung

Deutschland muss eine zentrale Funktion einnehmen, um eine starke EU im Welthandel aufzustellen. Mitgliedsstaaten, die nationale Belange über das Gemeinschaftsinteresse der EU stellen, sind hart zu sanktionieren oder sogar aufzufordern, die Gemeinschaft der 27 EU-Staaten zu verlassen. Am 22. dieses Monats übergab der Nationale Normenkontrollrat Kanzlerin Angela Merkel seinen Jahresbericht, in dem die bürokratischen Regelungen der Unternehmen, sei es aus Bonn oder Brüssel, abzubauen sind. Das kürzlich verabschiedete Bürokratieentlastungsgesetz muss auch angewandt werden, damit die errechnete Aufwandsreduzierung von rund 1 Mrd. Euro erreicht wird. Mehr politische Entschlossenheit und weniger Bürokratie macht schließlich Sinn.

² Professor Bert Rürup ist Präsident des Handelsblatt Research Institute (HRI)

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Der Abschwung der deutschen Wirtschaft hat auch die Edelstahlindustrie erfasst. Auch wenn die Grundpreise bisher unverändert blieben und namentlich der **Nickel**preis rapide gestiegen ist, ist die Ordertätigkeit nach rostfreien Stählen zurückgegangen. Weltweit prognostiziert der britische Analyst MEPS in diesem Jahr eine Edelstahl-Rostfrei-Produktion von 53,1 Mio. Tonnen. Selbst für die EU-Produktion prognostiziert man für dieses Jahr noch ca. 7,5 Mio. Tonnen. Der gemeinnützige Handelsverband IMOA (International Molybdenum Association; vertritt die Interessen der Produzenten, Verarbeiter, Händler und **Molybdän**verbraucher) berichtete kürzlich, dass der weltweite Verbrauch um ca. 7% zurückgegangen ist. Auf der Welt ist China der größte Molybdän-Anbieter und gleichzeitig der größte Verbraucher. Mit dem kräftigen Nickelpreisanstieg, so scheint es, ist es zunächst vorbei. Daraus ergibt sich (siehe Statistik) in nächster Zeit ein „entspannter“ LZ. Der Nickelbestand an der LME London war zuletzt vor ca. 7 Jahren so tief wie heute. Die **Chrom**stahlpreise für das 4. Quartal 2019 wurden unwesentlich nach unten verändert. Molybdän wird sich in nächster Zeit weder nach oben noch nach unten wesentlich verändern. In nächster Zeit wird sich zeigen, ob ein Mehrbedarf an Nickel durch die Elektromobilität entstehen wird.

Fazit: Für die nächsten Wochen sagen wir Effektivpreise (Grundpreis und LZ) voraus, die unter den heutigen Tagesnotierungen liegen.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME to	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg
04.01.2016	1,0790	8.515	8.565	441.342	781
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052
02.01.2019	1,1448	10.440	10.530	206.400	915
01.02.2019	1,1454	12.460	12.550	201.702	1.087
01.03.2019	1,1388	13.160	13.245	196.782	1.157
01.04.2019	1,1218	13.155	13.250	182.466	1.172
02.05.2019	1,1244	12.130	12.210	173.058	1.079
03.06.2019	1,1297	12.135	12.180	168.684	1.072
01.07.2019	1,1373	12.340	12.420	161.658	1.087
01.08.2019	1,1140	14.290	14.315	143.670	1.295
02.09.2019	1,0982	18.625	18.475	152.604	1.698
01.10.2019	1,0902	17.410	17.210	152.136	1.597
23.10.2019	1,1133	16.395	16.425	83.694	1.474

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	03/18	620	07/18	735	664	606	627	641	662	657	655	602	594	576	557	→
4301	01/18	1.290	07/18	1.647	1.274	1.228	1.351	1.430	1.450	1.380	1.362	1.382	1.557	1.727	1.730	↓
4404	01/18	1.844	07/18	2.416	1.976	1.903	2.051	2.197	2.218	2.122	2.094	2.123	2.360	2.594	2.581	↓
4509	03/18	733	07/18	851	797	739	759	774	794	790	788	734	726	707	688	→
4521	01/18	1.081	09/18	1.265	1.217	1.131	1.143	1.198	1.221	1.214	1.207	1.138	1.132	1.115	1.076	↓
4539	01/18	3.184	07/18	4.309	3.450	3.358	3.654	3.936	3.960	3.765	3.703	3.818	4.319	4.827	4.824	↓
4571	01/18	1.865	07/18	2.448	1.997	1.925	2.076	2.224	2.246	2.148	2.118	2.150	2.394	2.635	2.624	↓

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	03/18	744	07/18	882	797	727	752	769	794	789	786	722	713	692	668	→
4301	01/18	1.548	07/18	1.977	1.529	1474	1.621	1.716	1.741	1.656	1.634	1.659	1.868	2.073	2.075	↓
4310	01/18	1.466	07/18	1.855	1.447	1390	1.523	1.610	1.634	1.557	1.538	1.552	1.737	1.917	1.917	↓
4310 Mo	01/18	1.554	07/18	1.977	1.593	1526	1.654	1.754	1.777	1.701	1.680	1.689	1.871	2.045	2.036	↓
4404	01/18	2.212	07/18	2.900	2.371	2283	2.461	2.636	2.661	2.547	2.512	2.547	2.832	3.113	3.098	↓

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	11/18	380	05/18	430	320	350	350	355	350	310	340	350	300	290		
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	12/18	870	04/18	1.230	940	1.050	1.100	1.070	980	970	1.080	1.110	1.000	950		
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	01/18	1.420	04/18	1.690	1.420	1.500	1.600	1.570	1.500	1.500	1.600	1.610	1.600	1.540		

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta